Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151 Postscheckkonto Nr. 5796 Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 139. Herford, Mittwoch, den 16. Juni 1920 **38. Jahrgang.**

Noch keine Regierung.

Trimborns Verhandlungen.

Trimborn, der geschickte und kluge Zentrumsführer, verhandelt weiter mit den Parteien, um eine Regierung zustande zu bringen. Tagelang dauert die Ungewißheit des Volkes nun bereits an über das, was werden soll. Immer klarer stellt sich heraus, daß die alte Koalition die allein mögliche Arbeitsform gewesen ist. Leichtfertig ist sie von der Opposition zerschlagen, von derselben Opposition, die heute nicht ein und aus weiß und bereits in den ersten Anläufen zur Verwirklichung ihres Programms kümmerlich versagt hat.

Ob es Trimborn gelingt, ein Kabinett zu bilden, ist in diesem Augenblick schwer zu sagen. Leicht wird ihm diese Aufgabe jedenfalls nicht, denn die Mehrheitssozialisten wollen überhaupt in keine Regierung eintreten nach ihren bisherigen Beschlüssen. Ob es sich bei dieser Weigerung um ein grundsätzliches Versagen oder um eine vorübergehende taktische Selbstausschaltung handelt, wissen wir nicht. Die letztere Annahme hat aber sehr viel Wahrscheinlichkeit.

Für durchaus abwegig halten wir den Gedanken, Reichstagsneuwahlen in absehbarer Zeit auszuschreiben. Das Volk hat eben entschieden. Seinem Willen entsprechend muß regiert werden, sofern das möglich ist. Und wir halten diese Möglichkeit durchaus als vorliegend. Die beiden Rechtsparteien sind verantwortlich für die Unsicherheit unserer Lage, auf sie fällt die Schwere der Verantwortung. Sie müßten darum auch unter allen Umständen die Regierungsbildung übernehmen, falls Trimborn nicht zum Ziele gelangen sollte.

Die Auffassung der Demokratischen Partei hat der Abg. Petersen gestern fest umrissen. Es wird uns darüber folgendes berichtet:

dd. **Berlin**, 15. Juni. (Eig. Meldung.)

Abg. Trimborn ist heute an die Deutsche Demokratische Partei zwecks Bildung einer neuen Regierung herangetreten. Der Abg. Petersen hat Herrn Trimborn folgende formulierte Antwort der Deutsch-Demokratischen Partei überreicht: Nachdem die Frage der Bildung einer neuen Regierung heute schon einmal an mich, als den Vorsitzenden der Deutsch-Demokratischen Partei, herantritt, gestatte ich mir das folgende auszuführen: Nach Art. 53 der deutschen Reichsverfassung ernennt der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister. Wir sehen besonders nach dem leidenschaftlich geführten Wahlkampf ein Abweichen von diesem Wege als verhängnisvoll an. Daß die Parteien sich bereit erklären, Koalitionen zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammensetzung zu kennen, erscheint mir ausgeschlossen. Nur auf dem streng verfassungsmäßigen Wege kann die Bildung einer Regierung gelingen.

Der Reichspräsident bezeichnet einen Reichskanzler, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu gewinnen hat. Dann haben die Fraktionen und demnächst der Reichstag darüber zu beschließen, ob sie dieser Regierug mit ihrem Programm das Vertrauen aussprechen wollen oder nicht. Unsere Partei erklärt sich unbeirrt durch die Gehässigkeit des gegen uns geführten Kampfes ohne parteipolitische Voreingenommenheit bereit, sachlich und positiv an einem Kabinett mitzuarbeiten, das durch seine Persönlichkeiten und sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gibt, und als unerläßliche Bestandteile dieses Programms bezeichne ich von vornherein folgende Punkte: Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung, Ablehnung jeder monarchistischen Agitation, Bekämpfung jedes Versuches der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder Einräumung von Vorrechten an eine Klasse, eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, kulturellem und sozialem Gebiet, Ablehnung jedes Klassen- und Rassenhasses, auch des Antisemitismus, Besetzung der Aemter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung rückhaltlos zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt auszufüllen geeignet sind.

Diese obersten Grundsätze hebe ich schon jetzt hervor, weil sie mir unerläßliche Voraussetzung jeder vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierungstätigkeit zu sein scheinen. Vorschläge im einzelnen zu machen über Führung unserer auswärtigen Politik, über Gestaltung unseres Wirtschaftslebens, über Forderungen unseres kulturellen und sozialen Lebens, über unsere Wehrmacht steht mir nicht zu, sondern die Sache des Programms, das der Reichskanzler mit seinen Mitarbeitern zu entwerfen hat.

Diese Ansichten decken sich mit den von uns hier stets vertretenen Wünschen.

Das Neueste vom Tage.

Millerand hat der deutschen Friedensabordnung eine Note übermitteln lassen, in der die deutsche Regierung an Artikel 205 des Friedensvertrages erinnert wird. Dieser Artikel verpflichtet Deutschland zu Angaben, die zur Kontrolle der Vernichtung der deutschen Kriegsflotte notwendig sind.

Der Oberste Rat in Paris hat die Absicht, die Mandate der aus den Abstimmungsgebieten in den neuen Reichstag übernommenen Abgeordneten für ungültig zu erklären, aufgegeben.

Die oberschlesischen Justizbeamten haben allgemein die Arbeit wiederaufgenommen. Die Verhandlungen zwischen der interalliierten Kommission und der Justizbeamtenschaft werden unverändert fortgeführt.

Wie aus Sonderburg gemeldet wird, ist der Generalstreik der Nordschlesier im abflauen. In Sonderburg und Apenrade ist die Arbeit gestern wieder aufgenommen worden, während in Hadersleben weiter gestreikt wird.

Im Memeler Gebiet ist die sofortige Auflösung aller Kriegervereine befohlen worden.

Der Papst empfing gestern den deutschen Botschafter von Bergen in Privataudienz.

Die österreichische Krise ist nach einer Meldung des „B. T." beendet. Es bleibt alles beim alten. Die Koalition erhält nur in Zukunft einen anderen Namen, nämlich Kooperation. Die Regierung bleibt im Amte, ihr Arbeitsprogramm soll aber begrenzt werden. Neuwahlen sollen im Herbst stattfinden.

Am 16. Juni wird die internationale Juristenkommission im Haag ihre Tätigkeit aufnehmen, die die Vorbereitung des Entwurfes für einen ständigen internationalen Gerichtshof, wie ihn der Völkerbund vorschlägt, anvertraut ist.

Nach Meldungen der Straßburger Blätter aus Paris hat der elsässische Abgeordnete House in der französischen Kammer einen Antrag eingebracht auf Zuteilung der Selbstverwaltung an Elsaß-Lothringen unter Durchsicht des Friedensvertrages.

In der Provinz Limburg sollen bedeutende Kohlenlager entdeckt sein.

Es verlautet, Italien benötige für die Wiedergutmachung 66 Milliarden Lire. Nitti beabsichtige, diese Summe den Alliierten bei der Erörterung der Verteilung des durch Deutschland zu zahlenden Betrages zu nennen.

Einer Blättermeldung zufolge ist die Lage in Albanien äußerst ernst, da die albanischen Aufständischen durch Serben verstärkt wurden, deren Uniformen und Waffen amerikanischen Ursprungs sein sollen.

Der Streik der Eisenbahner im Bezirk Mailand ist im Abflauen begriffen.

Wie der englische Handelsminister im Unterhause mitteilte, hofft er bald eine Gesetzesvorlage einbringen zu können, nach der alle Einfuhrwaren mit dem Namen des Ursprungslandes zu versehen sind.

Die englischen Funkentelegraphen wollen heute in den Streik eintreten.

Die schwedische Regierung hat an die fünf Großmächte eine Note gerichtet, in welcher sie einen Meinungsaustausch über die Frage der Alandsinseln verlangt.

Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen haben am Sonnabend in Dorpat begonnen.

Nach übereinstimmenden russischen und polnischen Nachrichten sind die Bolschewisten wieder in Kiew eingerückt.

Das sibirische Revolutionsgericht fällte das Urteil über die Mitglieder der Koltschak-Regierung. 4 Mitglieder wurden zum Tode, 6 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 10 zu 10 Jahren u. 2 zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Die bulgarische Regierung hat beschlossen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rumänien wiederaufzunehmen.

Eine ganz auffällig parteipolitisch gefärbte Deutung gibt ein volksparteilicher Abgeordneter dieser Erklärung der Demokratischen Partei. Uns geht darüber folgender Bericht zu:

dd. **Berlin**, 16. Juni. (Eig. Drahtb.) Zu der Erklärung des demokratischen Fraktionsvorsitzenden Dr. Petersen wird dem „Lok.-Anz." von hervorragender volksparteilicher Seite mitgeteilt:

Wenn die demokratische Fraktion sich auf den Standpunkt stellt, daß jede monarchistische Agitation bekämpft werden müsse, so verläßt sie damit den Boden der Verfassung. Wir werden von dem Standpunkt, den wir bisher in dieser Frage eingenommen haben, unter keinen Umständen abweichen. Wenn man diese Erklärung liest, hat man die Empfindung, daß auf eine Reichskanzlerschaft Schiffers hingearbeitet wird, der, wie verlautet, seine Ministerliste schon fertig hat. Wir können unter keinen Umständen dulden, daß die kleine Partei im Reichstag den Kanzler stellt. Ueber die Kanzlerschaft eines Zentrumsmannes ließe sich reden. Mit Präsident Fehrenbach sind wir einverstanden.

Es ist uns nicht bekannt, welche Unterlagen für diese Darstellung vorhanden sind.

Ein gefälschter Generalstreikaufruf.

Die „Tägliche Rundschau" hatte am Montag, wie wir schon kurz berichteten, im Wortlaut ein angebliches Flugblatt veröffentlicht, das die Unterschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlin, der Gewerkschaftskommission Groß-Berlin sowie der Betriebsräte-Zentrale Groß-Berlin tragen sollte und in einem in den schärfsten Sätzen formulierten Aufruf zum Generalstreik und zum Kampf mit den Waffen in ganz Deutschland, als Abwehr gegen die bevorstehende Errichtung einer Säbeldiktatur, gipfelte. Die „Tägliche Rundschau" selbst hatte hinzugefügt, daß dieses Flugblatt noch nicht veröffentlicht, sondern in irgendwelchen Schreibtischen aufbewahrt worden sei und erst im Juni in dem Augenblick habe veröffentlicht werden sollen, wo die Reichstagswahlen ein Ergebnis gezeitigt hätten, das den sozialistischen Parteien nicht paßte.

Die ganze Sache klang von vornherein ein wenig märchenhaft. Jetzt wird halbamtlich mitgeteilt, daß alle drei Unterschriften unter diesem angeblichen Aufruf gefälscht seien. Keiner der drei unterzeichneten Verbände habe irgend jemanden ermächtigt, ein solches Flugblatt im Namen der Organisation zu unterzeichnen. Hinzugefügt wird noch, das gesamte der Regierung vorliegende Tatsachen- und Nachrichtenmaterial biete nicht den geringsten Anhaltspunkt für eine Beteiligung der Unabhängigen an derartigen Umtrieben. Wenn auch zuzugeben sei, daß sich innerhalb des Reichsgebiets vereinzelt Unruheherde gebildet haben, so sei doch diese Tatsache der Regierung bekannt, und diesen Bestrebungen werde vollständige Aufmerksamkeit zugewendet.

Auch die Meldung, daß es in Halle zur Bildung einer Roten Armee gekommen sei, die bereits in der Stärke von 17 Arbeiterbataillonen Felddienst- und Schießübungen abhalte, wird in Abrede gestellt. Vor mehreren Wochen sei es allerdings zur Auslegung von Werbelisten für eine Rote Armee gekommen, dieser Werbedienst sei aber seit langem wieder eingestellt.

Verfassungsausschuß der preuß. Landesversammlung.

Die Autonomie der Provinzen.

dd. **Berlin**, 16. Juni. (Eig. Meldung). Der Verfassungsausschuß der preußischen Landesversammlung hat am Dienstag seine Arbeiten aufgenommen. Außer dem Entwurf einer Verfassung ist ihm der Entwurf eines Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern zum Reichsrat durch die Provinzialverwaltungen zur Vorbereitung überwiesen worden. In die Beratung dieses letzgenannten Entwurfes trat er nach Ablehnung eines Antrages des Vertreters der Unabh. Sozialdemokratie ein, der der Landesversammlung das Recht absprechen wollte, angesichts des Ausfalls der Reichstagswahlen überhaupt noch weiter zu tagen. Der Entwurf ist bedingt durch die Vorschriften der Reichsverfassung, wonach die Hälfte der preußischen Stimmen im Staatsrat nach Maßgabe des Landesgesetzes von den preußischen Provinzverwaltungen gestellt wird, und zwar muß dieses Gesetz bis zum 11. August d. J. erlassen sein. In der Debatte spielte die Frage, wie weit man den Provinzen Autonomierechte gewähren wolle, eine große Rolle. Redner aller Parteien waren der Meinung, daß man um eine gewisse provinzielle Autonomie nicht herumkomme, daß man aber andererseits nicht zu weit gehen, vor allem die Wahl der Beamten nicht den Provinzen überlassen dürfe. In ähnlichem Sinne sprach sich auch der Minister des Innern aus, der darauf hinwies, daß die Dezentralisation auf dem Gebiete der Provinzialverwaltung nach Möglichkeit durchgeführt werden müsse. Der Minister gab zu, daß bei der Auswahl der leitenden Männer vorwiegend politische Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt werden, aber er bestritt, daß

dadurch die Gewohnheiten und Bedürfnisse der Provinzen ignoriert werden. Er erklärte, daß er es im gegenwärtigen Augenblick für das wichtigste halte, die junge Republik und die Verfassung vor jeder Gefahr dadurch zu schützen, daß man Männer, die unbedingt auf dem Boden der Verfassung stehen, auf die hervorragendsten Posten berufe. Die Beratung des Gesetzentwurfes mußte schon nach kurzer Zeit abgebrochen werden. Es stellt sich die Notwendigkeit heraus, noch einmal mit der Reichsregierung darüber zu verhandeln, ob die bezüglichen Bestimmungen der Verfassung abgeändert werden, insbesondere, ob nicht die Frist zum Erlaß des Landesgesetzes verlängert werden kann. Insbesondere muß, wie von sozialdemokratischer Seite hervorgehoben wurde, zunächst die Demokratisierung der Provinzialverwaltungen durchgeführt werden, da sonst möglicherweise reaktionäre Vertreter von den einzelnen Provinzen in den Reichsrat entsandt werden. Der Ausschuß beschloß infolgedessen, die Weiterberatung auszusetzen, um vorläufig in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten. Inzwischen wird er die Verfassung beraten.

Die deutsche Schuldsumme.

Paris, 14. Juni. Bei der vorläufig noch auf den 21. Juni festgesetzten Zusammenkunft Millerands und Lloyd Georges steht vornehmlich die Frage der deutschen Schuldsumme zur Beratung. Darüber wurde bisher noch keine Einigung erzielt, da Millerand eine von Lloyd George vorgeschlagene Pauschalsumme nur annehmen wollte, wenn Frankreich einen sofortigen Verrechnungsbetrag erhielte. Wie nun „Petit Parisien" aus London meldet, hat man den Aussagen einer unterrichteten englischen Persönlichkeit zufolge mit Erfolg zwischen dem englischen und französischen Standpunkt zu vermitteln versucht. Das neugefundene System bestände also darin, auf die deutsche Schuldsumme eine internationale Anleihe zu machen, die durch die Vermittlung des Wiedergutmachungsausschusses emittiert werden soll. Der größte Teil dieser Anleihe soll für einen Teil der deutschen Schuldsumme an Frankreich abgeliefert werden. Ein anderer Teil dieser Anleihe soll Deutschland übergeben werden, um seine finanzielle und industrielle Lage zu bessern und es so in die Lage zu versetzen, seinen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten nachzukommen. Die wirtschaftliche Wiederaufrichtung der beiden Länder würde so gleichzeitig vor sich gehen.

Die Rückgabe der zweiten schleswigschen Zone.

Vor dem Einzug deutscher Truppen in Flensburg.

T.U. **Flensburg,** 15. Juni. Am Mittwoch abend um 12 Uhr geht die Souveränität in der zweiten Zone in vollem Umfange wieder an Deutschland über. Donnerstag früh stehen die deutschen Truppen marschbereit an der nordschleswigischen Weiche. Um 10 Uhr marschieren sie in Flensburg ein. Der Empfang soll festlich gestaltet werden. Der Reichsminister des Aeußern und der preußische Minister des Innern kommen zu diesem Zwecke nach Flensburg.

Die vier Hauptmitglieder der interalliierten Kommission sind, wie dem Berliner Tageblatt berichtet wird, aus Flensburg ohne Sang und Klang abgereist, nur der Generalsekretär weile noch dort. Heute werde in Berlin und in Kopenhagen gleichzeitig die Notifikation der Grenzlinie überreicht. Am Mittag erfolgt die Uebergabe, abends werden die französischen Truppen mit der Bahn die Stadt verlassen.

wtb. **Flensburg,** 15. Juni. Die englischen Truppen haben heute morgen Flensburg verlassen, sie gehen nach Kopenhagen. Die französischen Besatzungstruppen werden morgen nach Metz befördert.

*

Die Uebernahme der schleswigschen Eisenbahnen.

T.U. **Kopenhagen,** 15. Juni. Der Generaldirektor der dänischen Staatseisenbahnen teilt mit, daß die Uebernahme der 1. schleswigschen Zone wegen formeller Schwierigkeiten noch nicht am 15. Juni erfolgen könne. In Flensburg wird morgen eine Konferenz stattfinden, auf der versucht werden soll, diese Schwierigkeiten zu beheben.

Deutsches Reich.

Gegen Berlin.

München, 14. Juni. Der „Bayerische Kurier", das Sprachrohr der Heimschen Richtung innerhalb der Bayerischen Volkspartei, bemerkt am Ende eines Artikels über die Krise im Reiche: „Die allgemeine Lage hat sich jedenfalls aufs äußerste verschärft; das eine aber scheint vor allem im Hinblick auf die Märzvorgänge schon jetzt festzustehen: daß ein Zusammentritt des Reichstages bezw. eine geordnete Entfaltung der Tätigkeit des Reichstages in Berlin außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit liegt." Das Blatt begründet seine Meinung vor allem durch die Erinnerung an den Berliner Januarputsch, für den die Unabhängigen die volle Verantwortung zu tragen hätten, die jetzt in Groß-Berlin etwa 800 000 Stimmen erhalten haben.

Eine Tagung der Demokratischen Partei.

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei wird für die Tage vom 2. bis 4. Juli nach Berlin einberufen. Der Parteiausschuß soll sich in erster Linie mit den Fragen der Organisation und der Presse beschäftigen, jedoch ist auch eine politische Aussprache zur Festlegung der Richtlinien der Politik der Partei in Aussicht genommen.

Deutsche Kohlen- und Viehlieferungen.

tu. **Paris,** 15. Juni. Wie die Entschädigungskommission mitteilt, hat Deutschland gemäß dem Friedensvertrag als Entschädigung bis zum 20. April d. J. geliefert an Kohlen 686 042 Tonnen an Frankreich (wovon 405 000 Tonnen an Luxemburg abgetreten worden sind), an Italien 216 073 Tonnen, an Belgien 98 585 Tonnen; Vieh bis zu demselben Zeitpunkt an Frankreich 6544 Pferde, 48 720 St. Rindvieh, 46 476 Schafe, 7575 Ziegen, an Belgien 3116 Pferde, 43 484 Stück Rindvieh, 32 644 Schafe, 6140 Ziegen und 28 393 Stück Geflügel.

Ein politischer Mord.

München, 15. Juni. Ein politischer Mord ist gestern durch einen Zufall aufgedeckt worden. Bei der Ablassung des Baches des Englischen Gartens wurde die Leiche eines Reichswehrsoldaten gefunden, dessen Füße zusammengebunden waren. Es handelt sich um den Reichswehrsoldaten Johann Meyer des 41. Schützenregiments, der wahrscheinlich einem politischen Racheakt zum Opfer gefallen ist. Meyer, der seit dem 3. Juni nicht mehr gesehen wurde, ist, wie von zuständiger amtlicher Stelle erklärt wird, als Zivilspäher verwendet worden und hat wahrscheinlich Drohbriefe von seiten der Spartakisten erhalten.

Allgemeiner Proteststreik in der Rheinpfalz.

wtb. **Ludwigshafen,** 15. Juni. Wegen der Verhaftungen im besetzten Gebiet haben sämtliche Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten und der Hauptwerkstätte und ein großer Teil des Lokomotivpersonals die Arbeit geschlossen niedergelegt. Auch die Stillegung größerer Industriebetriebe, so der Badischen Anilin- u. Sodafabrik, der Sulzer Maschinenfabrik usw. steht bevor. Auch die Straßenbahner, die Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter wollen in den Sympathiestreik treten.

Die technische Nothilfe im besetzten Gebiet verboten.

Berlin, 14. Juni. Die internationale Rheinlandskommission hat die Organisation der technischen Nothilfe in den besetzten Gebieten untersagt, weil diese Organisation, die im Widerspruch zum Friedensvertrag stehe, die „Sicherheit der Besatzungstruppen bedrohe".

Zeitungsverbote im besetzten Gebiet.

wtb. **Köln,** 15. Juni. Die „Kölnische Volkszeitung" und die „Rheinische Zeitung" sind von morgen ab auf einige Tage verboten, weil sie Artikel gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet veröffentlichten. Außer diesen beiden Zeitungen sind weitere fünf Blätter im besetzten Gebiet vorläufig verboten worden.

Eröffnung der verfassunggebenden Versammlung Danzigs.

wtb. **Danzig,** 14. Juni. Heute nachmittag wurde die verfassunggebende Versammlung der zukünftigen freien Stadt Danzig, der 120 Abgeordnete angehören, eröffnet. Sir Reginald Tower hielt eine Ansprache und erklärte die verfassunggebende Versammlung für eröffnet. Hierauf erfolgte die Konstituierung des Hauses, zu dessen Präsidenten der deutschnationale Abgeordnete Superintendent Reinhard gewählt wurde.

Die Reise ins Abstimmungsgebiet.

Berlin, 15. Juni. Von der Regierung sind Vorkehrungen getroffen, um die Abstimmungsberechtigten, ohne den polnischen Korridor zu benutzen, auf dem Wasserwege nach West- und Ostpreußen zu bringen. Für diese Fahrten ist eine große Reihe von Dampfern gechartert, die am Ende des Monats von Kiel und Swinemünde ihre Fahrt nach Ostpreußen antreten sollen und 160 000 bis 180 000 Personen aufnehmen können.

Verbandstag der Polizeibeamten Deutschlands.

Berlin, 15. Juni. Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands trat am Montag vormittag in den Kammersälen zu seinem 2. ordentlichen Verbandstag zusammen. Der Verbandsvorsitzende Schrader betonte in seiner Begrüßungsansprache den gewerblichen Charakter der Organisation und die Treue der Polizeibeamten zur neuen Reichsverfassung. Ministerialdirektor Krüger wies auf die große Bedeutung der Polizei für das feste Gefüge des Staatswesens hin. Die Revolution hätte zu einer Entspannung des ungünstigen Verhältnisses zwischen Beamten und Volk wesentlich beigetragen. Generalsekretär Dr. Franke sprach über das Gewerkschaftswesen. Die Kameradenvereine bezeichneten sich zwar als Gewerkschaften, arbeiteten jedoch im alten Sinne weiter. Der Redner trat für eine Verständigung zwischen den Angestellten und Arbeitern ein. Nur dadurch wäre es möglich, in der Bevölkerung für die Beamtenforderungen Interesse zu erzielen. In der Aussprache traten alle Redner für die Durchführung des gewerkschaftlichen Gedankens in der Polizeiorganisation ein.

Ausland.

Spaa ein Wendepunkt? — Der Plan Lloyd Georges.

Zürich, 14. Juni. Wie der Londoner Vertreter des „Temps" versichert, soll nach dem Plan Lloyd Georges die Konferenz von Spaa der Wendepunkt zwischen der Periode der Kriegsliquidation und dem Beginn des eigentlichen Friedenszustandes bilden. Die Kontrolle der Verbündeten über Europa soll dann nach und nach durch eine Politik der europäischen Zusammenarbeit ersetzt werden. Der Korrespondent glaubt, daß diesem Plan die Absicht Lloyd Georges zugrunde liege, den Obersten Rat zu einer dauernden Einrichtung werden zu lassen, indem diese Körperschaft durch die Vertreter aller europäischen Staaten und später alle Großmächte der Welt ersetzt werden solle.

Krisenstimmung im Pariser Kabinett?

Paris, 14. Juni. Ordre Public, das Blatt des Prinzen Murat, hält eine Präsidentenkrisis in Frankreich für unausbleiblich. Der Geisteszustand Deschanels sei derart, daß er seine Arbeit kaum verrichten könne. Man versucht, diese Tatsache zwar zu verschweigen, aber die Frage der Nachfolgung Deschanels beschäftigt bereits alle politischen Kreise. Man behauptet, daß Poincare Anstrengungen mache, um sich als Kandidat für die Präsidentschaft zu empfehlen. Ordre Public ist der Ansicht, daß Millerand seine Kandidatur betreiben werde. Dies Blatt rechnet übrigens auch mit der Möglichkeit einer Krise im französischen Kabinett, welche jedenfalls nach der Konferenz von Spaa ausbrechen müßte.

Der Fall Xylanders.

tu. **Genf,** 15. Juni. Der Botschaftsrat in Paris hat sich am 12. Juni mit dem Fall des bayerischen Oberstleutnants Xylander befaßt, der das Verhalten Xylanders in der Kommission zur Abgrenzung des Saargebiets betreffe, weswegen bekanntlich seine Abberufung von dem Verwaltungsausschuß des Saargebiets verlangt wurde. Die Reichsregierung hatte in einer Denkschrift an den hohen Rat der Entente die Haltung Xylanders in der Frage der Abgrenzung des Saargebiets gegen das Gebiet der bayerischen Rheinpfalz, insbesondere seinen Widerspruch gegen die Einbeziehung des Eichenscheierhofes in das Saargebiet gerechtfertigt und seine Maßregelung abgelehnt. Der Botschaftsrat kann kein Gutachten über die Abgrenzungsfrage selbst gefällt, sondern die Erklärung abgegeben, daß das Verlangen des Verwaltungsausschusses des Saargebiets ausschließlich durch das persönliche Auftreten Xylanders veranlaßt sei. Die Abgrenzungsverhandlungen könnten erst wieder aufgenommen werden, wenn Xylander durch einen anderen Vertreter ersetzt worden sei.

England gegen die dänischen Nationalisten.

tu. **Kopenhagen,** 15. Juni. Die Verringerung der englischen Kohlenzufuhr nach Dänemark soll, wie „Extrabladet" behauptet, in Zusammenhang stehen mit den Angriffen, welche die dänischen Nationalisten in letzter Zeit gegen England richten, seitdem die Engländer kein Verständnis für die Wünsche der dänischen Nationalisten in der schleswigschen Frage gezeigt hätten. Lloyd George und Curzon haben durch Curzons Sekretär dem Professor Vindling Cruse der mittelschleswigschen Delegation eine Mitteilung zugehen lassen, nach der England die Tiedge-Linie in den Bereich der Möglichkeiten ziehen werde, wenn die dänische chauvinistische Agitation nicht aufhöre.

Giolitti für den Eintritt der Mittelmächte in den Völkerbund.

tu. **Rom,** 15. Juni. Die Turiner „Stampa", das Organ Giolittis, meldet, daß Giolitti in seinen Verhandlungen mit den Parteien sich auf den Standpunkt stellt, daß die Mittelmächte in den Völkerbund einbezogen werden müssen. Auch von den von ihm in Aussicht genommenen Kabinettsmitgliedern fordert er eine diesbezügliche programmatische Erklärung.

Die italienischen Sozialisten gegen den albanischen Feldzug.

tu. **Zürich,** 15. Juni. Der „Avanti" veröffentlicht einen Protest der sozialistischen Parteileitung, der die sofortige Räumung Albaniens fordert. In einer heute in Mailand stattfindenden Zusammenkunft mit den Vertretern der Eisenbahner und der Seeleute soll die Verhinderung der Truppentransporte organisiert werden.

Keine Gegenrevolution in Rußland.

tu. **Berlin,** 15. Juni. An Berliner amtlicher Stelle liegen, wie der Vorwärts mitteilt, Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß die Reuter-Meldung aus Tokio über einen angeblichen Umschwung in Rußland auf Unwahrheit beruht. Der Funkdienst von Petersburg funktioniert wieder regelmäßig.

Wegen Lieferung an die deutsche Verwaltung verhaftet.

wtb. **Paris,** 15. Juni. Nach einer Meldung des Brüsseler „Soir" sind die Direktoren eines bedeutenden Steinbruches in der Umgebung von Namur wegen Lieferung an die deutsche Verwaltung während der Besetzung verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

16. Juni.

Ausstellung von Steuerkarten.

Die Vorschriften der §§ 45—52 des Reichseinkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn sind mit Wirkung vom 25. Juni d. Js. in Kraft gesetzt. Hiernach hat sich jeder Arbeitnehmer eine Steuerkarte ausstellen zu lassen und sie dem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung zum Einkleben der Steuermarken vorzulegen. Die Ausstellung der Steuerkarten erfolgt demnächst durch die örtlichen Steuerhebestellen (Gemeindesteuerkassen). Die Ausstellung der Steuerkarten kann von der Gemeindebehörde auf Antrag auch den Arbeitgebern überlassen werden. Um den Arbeitnehmern zeitraubende Wege zur Ausfertigungsstelle zu ersparen, wird daher den Arbeitgebern empfohlen, die Ausstellung der Steuerkarten für ihr Personal nach Möglichkeit selbst zu bewirken. In diesem Fall aber ist zur Vermeidung von Doppelausfertigungen den Arbeitnehmern bekannt zu geben, daß sich eine besondere Beschaffung der Steuerkarten durch sie selbst erübrigt. Arbeitnehmern, welche das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind Steuerkarten nicht auszustellen.

Die Einkommensteuermarken werden jetzt von der Reichsdruckerei hergestellt; sie kommen durch die Postämter am 21. Juni zur Ausgabe. Sie sind 28 Millimeter breit und 21 Millimeter hoch. Zunächst gibt es solche in roter Farbe zu 10 Pfg., braune zu 50 Pfg., graue zu 1 *M*, braune zu 2 *M*, grüne zu 3 *M*, grüne mit Hellrot zu 10 *M* und violette mit Gelbbraun zu 25 *M*. Später werden solche zu 50 und 100 M ausgegeben. Das Bild der einzelnen Marken ist verschieden, der Wert tritt überall in großen Zahlen hervor. Sie haben außerdem sämtlich die Inschrift: „Einkommensteuer" in Fraktur. Die Marke zu 1 *M* zeigt den neuen Reichsadler, bei den Werten zu 2 und 5 *M* ist auch der Wert zwei und fünf in Buchstaben wiedergegeben. Die Marken werden in Buchdruck auf weißem Papier mit dem Wasserzeichen „Vierpaß" hergestellt, sie werden in Bogen zu 50 Stück geliefert. Für den Ersatz verdorbener Marken und den Umtausch gelten dieselben Vorschriften wie für die Umsatzsteuermarken. Auch die Postanstalten in den Abstimmungsgebieten führen die Marken, ausgenommen in der ersten Zone Schleswigs.

= **Wettervoraussage.** Donnerstag: Vielfach heiter, warm, trocken, doch strichweise kurze Gewitter.

= **Amtsantritt des Regierungspräsidenten.** Durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums bin ich zum Präsidenten der Regierung in Minden ernannt. Ich übernehme mein neues Amt mit dem Gelöbnis, alle meine Kräfte dem deutschen Vaterlande und in erster Linie dem Wohl meines Bezirks zu weihen. Nach dem schweren Unglück, das unser Volk betroffen hat, kann ein Wiederaufbau nur erfolgen, wenn alle Kräfte sich freudig in den Dienst des Vaterlandes stellen. Aufhören muß das zersetzende Mißtrauen der verschiedenen Volksteile gegeneinander. Eine neue Zeit ist angebrochen, und jeder ist jetzt berufen mitzuarbeiten. So erbitte ich denn das Vertrauen der ganzen Bevölkerung und gelobe, daß ich mein Amt führen werde im Geiste sozialen Empfindens und unbeugsamer Gerechtigkeit. Minden, den 5. Juni 1920. Der Regierungspräsident: Dr. Hagemeister.

= **Preisherabsetzung für Schuhwaren!** In unserem heutigen Anzeigenteil gibt der hiesige Schuhwarenhändler-Verein bekannt, daß sämtliche Lederschuhwaren, der heutigen Marktlage entsprechend im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Es kann somit erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Schuhwarenhändler den veränderten Verhältnissen zurzeit Rechnung tragen. Wie uns jedoch von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, ist es wahrscheinlich, daß die jetzige außerordentliche Produktionseinschränkung in nicht allzu ferner Zeit ihren Rückschlag ausüben wird, so daß eine erneute gewaltige Nachfrage nach Schuhen einsetzt. Diese Nachfrage, in Verbindung mit den erfolgten Lohnerhöhungen und der Steigerung des Kleinmaterials, sowie den erhöhten allgemeinen Unkosten wird wiederum eine Preissteigerung zur Folge haben.

wtb. **Aerzte und Krankenkassen.** Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen teilt uns mit: Der Schiedsspruch im Aerztestreik ist von den Krankenkassenverbänden mit der Bedingung angenommen worden, daß Mindest- und Höchstsätze für die Pauschalbeträge des Aerztehonorars festgesetzt werden. Zentrale Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stehen bevor. Bis zur endgültigen Einigung bleibt der vertragslose Zustand bestehen. — Ohne Festsetzung von Mindest- und Höchstsätzen ist keine Krankenkasse in der Lage, eine geordnete Finanzwirtschaft zu treiben. Der Aerzteverband kann sich unseres Erachtens bei den großen Zuge-

ständnissen, die er bisher erreicht hat, mit dieser Forderung der Krankenkassen auch unbedenklich einverstanden erklären. Der vertragslose Zustand dauert bedauerlicher Weise noch an. Es liegt aber im Interesse beider Parteien, wenn er so schnell als möglich beseitigt wird. Wenn es sich als unmöglich herausstellen sollte, zwischen den Zentralinstanzen zu einer Verständigung zu kommen, so müssen schließlich doch örtliche Vereinbarungen Platz greifen.

= **Kürzung der Zuckerration.** Obgleich die Zuckerernte 1919 einen beträchtlichen Ausfall gegen frühere Jahre aufwies, hat die Zentrale ungeachtet der dringenden Warnungen von zuständiger Seite eine frühzeitige Kürzung der Zuckerration in mäßigen Grenzen abgelehnt. Die bestimmt vorauszusehende Folge einer solchen Wirtschaftsweise ist nunmehr eingetreten. Nach Mitteilung des Preußischen Landeszuckeramtes läßt sich die bisherige Mundzuckermenge bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres trotz einschneidender Kürzung der Belieferung der Zucker verarbeitenden Betriebe nicht mehr aufrechterhalten. Eine Kürzung der halbmonatlichen Mundration von 350 Gramm hat daher für die 4 Monate Juli bis Oktober vorgenommen werden müssen. Für Einmachzwecke stehen der Bezirkszuckerstelle einige Reserven zur Verfügung, die sofort nach Eintreffen an die Bevölkerung zur Verteilung gelangen sollen.

gda. **Monatsversammlung des G. D. A.** Man schreibt uns: Am Montag fand in Brinkmanns Restaurant die Monatsversammlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. D. A.), Ortsverband Herford, statt, dem der Verein für Handlungskommis 1858, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, der Bund der Angestellten Deutscher Gruben- und Fabrikbeamten-Verband), Bochum, und der Verein der Deutschen Kaufleute, Berlin, angeschlossen sind. Der Verband ist hier am Platze die größte Angestellten-Organisation. In der Versammlung sprach zunächst Gewerkschaftssekretär Wegmann-Osnabrück über „Unser Bundesprogramm". Die Ausführungen des Redners, die allgemeinen Beifall fanden, brachten es jedem Teilnehmer so recht ins Bewußtsein, daß der G. D. A. in seiner Gesamtheit nur fern von jeder politischen Betätigung für das Wohl seiner Mitglieder wirken kann, wenngleich es selbstverständlich jedem vollkommen freisteht, sich der ihm am besten zusagenden politischen Richtung anzuschließen. Wenn nun, führte der Redner hieran anknüpfend weiter aus, ein auf den D. H. V. bezügl. im Herforder Kreisblatt kurz vor den Wahlen erschienener Artikel überschrieben wurde: „Erstarken der nationalen Angestelltenschaft", so müßte man gegen derartige Mitteilungen, die doch darauf berechnet seien, dem Publikum vorzutäuschen, daß nur der D. H. V. die nationale Angestelltenschaft vertrete, allerschärfsten Protest erheben. Immer und immer wieder müßte man den rassepolitischen Tendenzen des D. H. V. gegenüber sich fragen, was denn die wirtschaftlichen Dinge mit solchen Auffassungen zu tun hätten. Die Angestelltenschaft müsse immer mehr davon durchdrungen werden, daß nur durch die innere Geschlossenheit die Einheitsfront erreicht würde, die Wünsche sämtlicher Angestellten müßten sich letzten Endes dahin verdichten, daß der Einheits-Verband endlich in Erscheinung trete und jegliche Bestrebungen aufhörten. Auseinandertreibende Machenschaften, wie solche vom D. H. V. in der letzten Zeit hier am Platze in die Erscheinung getreten seien, bezweckten doch nur das Gegenteil. Auf Antrag des Vorstandes wurde dann der Beschluß gefaßt, daß Herford mit Bielefeld zusammen eine eigene Geschäftsstelle des G. D. A. erhalten soll. Die hierzu erforderlichen Mittel wurden bewilligt. Es sprachen dann noch Stadtverordneter und Ratsherr Reinhard, sowie Stadtverordneter Brauer über „Die Tätigkeit der Angestellten-Vertreter in der Kommune". Während Herr Reinhard mehr von allgemeinen Gesichtspunkten in seiner Rede ausging, behandelte Herr Brauer die Einzel-Vorgänge in der Kommune. Beide Vorträge fanden allgemeinen Beifall. Es schloß sich eine recht ausgedehnte Erörterung an, die darin gipfelte, daß man auch für die nächsten, voraussichtlich im Spätsommer d. Js. stattfindenden Stadtverordnetenwahlen wieder eine eigene Angestellten-Liste aufstellen will. Ueber die Kandidaten will man sich baldigst mit den einzelnen Verbänden schlüssig werden. Die Versammelten schieden voneinander mit dem Bewußtsein, einen recht interessanten und genußreichen Abend verbracht zu haben.

= **Der Haus- und Grundbesitzer-Verein** hält morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr im Bürgerverein eine außerordentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: „800 % Grund- und Gebäudesteuer — 20 % Mietsaufschlag."

= **Dienstmarken auch für Gemeindeverwaltungen.** Nachdem die Gebührenfreiheit im Postverkehr beseitigt worden ist, sind für die Reichs- und Staatsbehörden besondere Dienstmarken eingeführt worden. Der Deutsche Städtetag hat beim Reichspostministerium beantragt, auch den Gemeinden die Möglichkeit zur Verwendung von Dienstmarken für die Abwicklung des Dienstverkehrs zu geben. In der Eingabe wird besonders darauf hingewiesen, daß die Gründe, die für die Einführung von Dienstmarken im Verkehr von Reichs- und Staatsbehörden unter dem besonderen Gesichtspunkt der Unterbindung von Portounterschlagungen usw. geltend gemacht werden, auch für die Gemeinden in gleich großem Maße zutreffen.

= **Die Oelmühle Ernst Danielmeyer-Herford** ist bis auf weiteres geschlossen. Oelsamen wird nicht angenommen.

Amt Blotho.

Blotho, 15. Juni. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag statteten Diebe dem Lagerhaus der Firma Lüpke & Thony einen einen Besuch ab. Wie man hört, hießen die Diebe 10 Mille Zigarren und andere Kolonialwaren mitgehen. Hoffentlich gelingt es recht bald, den Dieben auf die Spur zu kommen. — Dem Bäckermeister Sch. wurde von seiner Wiese die Gesamtheuernte gestohlen.

Blotho, 15. Juni. In der heutigen Sitzung der Amtsverordneten wurde der Versammlung mitgeteilt, daß der Regierungssekretär Niewöhner in St. Goarshausen zum kommissarischen Amtmann des Amtes Blotho ernannt worden sei. Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es zu einer lebhaften Debatte über die enorme Steigerung der Fleischpreise und die im Herbst in Kraft tretenden Kartoffelpreise. Allseitig, auch seitens der landwirtschaftlichen Vertreter wurde der über Gebühr hohe Kartoffelpreis kritisiert. Der minderbemittelten Bevölkerung wird es unmöglich sein, sich für den Winter das nötige Quantum Kartoffeln zu sichern.

Stadt Bünde.

Bünde, 15. Juni. Bei der Abfahrt des Zuges 5,53 ab Bünde nach Bassum hätte am Sonntag nachmittag ein sehr großes Eisenbahnunglück vorkommen können. Die Lokomotive sowie der Packwagen des kurz vorher nach Osnabrück gefahrenen Zuges bogen durch die Weiche, die beide Strecken verbindet, auf das Geleise der Strecke nach Bassum ab, während die Personenwagen nach Osnabrück abzweigten. Nur der Geistesgegenwart beider Lokomotivführer ist es zu verdanken, daß das Unglück abgewendet wurde, die beide Züge sofort zum Stehen gebracht wurden. Die Wagen des ersten Zuges hätten bei Weiterfahrt und Nichtreißung der Koppelung leicht umgeworfen werden können, während der zweite ihm dann noch in die Flanke gefahren wäre. Die Züge waren gut besetzt. Bedauerlicherweise sieht man immer noch, daß die Reisenden anläßlich solcher Vorkommnisse aus Neugierde ihre Abteile verlassen, um sich auf dem Bahnkörper aufzuhalten, wodurch doch sehr leicht großes Unglück, sei es durch Herannahen eines anderen Zuges, oder durch die Infahrtsetzung des haltenden Zuges vorkommen kann. Es haben oft solche Neugierige ihr Leben einbüßen müssen.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

wtb. **Hagen,** 15. Juni. In ganz Westfalen betrugen die Verluste bei den Kämpfen während des Kapp-Putsches 118 Tote, 74 Erschossene (nicht in regulärem Kampfe gefallen, darunter standrechtlich und kriegsgerichtlich abgeurteilte Erschossene), 13 Vermißte, 53 Verwundete. Die Zahl der Gefangenen läßt sich nicht übersehen, da die Revision der Urteile und der Amnestieerlasse des Reichspräsidenten die Untersuchung von neuem in Fluß gebracht haben.

Hamm, 15. Juni. Ein heiteres Stückchen aus den Wahltagen weiß der „Westf. Anz." zu erzählen. Kommt ein biederes Männlein und ebenso ein Weiblein zum Wählen. Die Frau, der der Gemahl anscheinend nicht zuverlässig genug in politischer Beziehung ist, will gemeinsam mit diesem hinter das abgekleidete Geheimfach treten. Schnell tritt aber der Wahlvorsteher hervor und erklärt: „Nein, meine Dame, hier ist die einzige Stelle auf der Welt, wo Sie ihren Mann nicht kontrollieren dürfen."

Soest, 15. Juni. Der ehemalige Stadtrat Hartmann und der ehemalige Stadtverordnete Heuer haben bei vielen Bürgern kleinere und hohe Beträge dadurch erschwindelt, daß sie angaben, für eine Partei zu sammeln. In Wirklichkeit aber flossen die gesammelten sehr erheblichen Beträge in ihre Taschen. Ferner wurden Heuer und Hartmann bei einem hiesigen Geschäftsmann vorstellig, indem sie angaben, daß die seinerzeit erfolgte behördliche Schließung seines Geschäfts auf ihre Veranlassung erfolgt sei und daß es ihnen bei ihrer Stellung innerhalb der städtischen Verwaltung ein leichtes wäre, diese Maßnahme wieder rückgängig zu machen. Von Hoffnungen erfüllt, gab der Geschäftsmann die von ihnen geforderte Summe von 2000 *M*. Dieser Betrag ist nach Angabe des Geschädigten von ihm regelrecht erpreßt worden. Einige Zeit später machten die beiden Genannten demselben Geschäftsmann gegenüber einen erneuten Erpressungsversuch, indem sie behaupteten, ein Schreiben in Händen zu haben, aus dem eine weitere unlautere Geschäftsführung seinerseits hervorgehe. Sie versprachen, dies Schreiben verschwinden zu lassen, wenn der Geschäftsmann etwas ordentliches dabei abfallen lasse. Da der Geschäftsmann hierauf nicht einging, zogen die Erpresser ihr Anerbieten unter allgemeinen Redewendungen zurück. Heuer und Hartmann wurden festgenommen und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

Düsseldorf, 14. Juni. Infolge des Streiks der städtischen Arbeiter ist auch der Fernsprechbetrieb in Mitleidenschaft gezogen. Das Fernsprechamt gibt bekannt, daß bei einem andauernden Streik im Elektrizitätswerk der Fernsprechbetrieb eingeschränkt werden müsse. In der Streiklage ist eine Aenderung bisher nicht eingetreten. Die Ausständigen erklären, daß sich der Streik verschärfen werde, sobald die technische Nothilfe einsetzt. Man will dann auch das Wasserwerk stillegen, wie das auch schon im Vorjahre bei dem Streik der städtischen Arbeiter geschehen ist. Im übrigen ist man in unterrichteten Kreisen der Auffassung, daß die jetzt in Düsseldorf aufgetretene Bewegung auf das ganze Industriegebiet übergreifen werde.

Unfall eines Heimkehrerdampfers.

wtb. **Hamburg,** 15. Juni. Der amerikanische Transportdampfer „Mount Vernon", ehemalige „Kronprinzessin Cäcilie", mit Heimkehrern aus Sibirien über Amerika nach Hamburg unterwegs, ist stark beschädigt in Newyersey eingelroffen. An Bord befinden sich 5000 Tschecho-Slowaken, 150 Deutsche und 250 Oesterreicher. Der Dampfer sollte ursprünglich am 22. 6. in Cuxhaven eintreffen.

Wirkung der Fernsprecher-Anleihe.

In München sind bereits infolge der neuen Fernsprech-Gebührenordnung 5000 Anschlüsse gekündigt worden. — Wie der Lokalanzeiger aus Halle meldet, hat etwa ein Drittel der Haller Fernsprechteilnehmer ihren Anschluß als Abwehrstreik gegen die Fernsprechanleihe gekündigt.

Das neue Porzellangeld.

Ueber das Porzellangeld, das die staatliche Porzellanmanufaktur Meißen herstellen will, macht das Meißener Tageblatt nähere Mitteilungen. Die Porzellanmünzen sind von Paul Börner modelliert, der stärksten und eigenartigsten Kraft der Manufaktur. Sie erhalten eigenartiges und modernes Gepräge, das von dem herkömmlichen Kitsch unserer Münzen verschieden ist wie Tag und Nacht. Die für das deutsche Reich gedachten Geldstücke — 5 *M* bis 10 ₰ — sind rund, die Vorderseite zeigt einen quadratischen Rahmen mit der Schrift Deutsches Reich und der Wertziffer, die Kreisbögen füllen ein Eichenblatt mit Eichel und Kunstschwertern aus. Auf der Rückseite des Fünfmarkstückes sehen wir im flachen Relief ein Elternpaar, das segnend seine Hände über ein Kind breitet; auf dem Dreimarkstück ein nacktes Menschenkind, das die Hände flehend zu den Sternen emporstreckt, auf dem Zweimarkstück einen nackten Buben, der in einem Schifflein Getreide überführt. Die Mark zeigt einen Eichenstumpf, der neue Triebe treibt; das 50 ₰-Stück einen Adlerkopf, das 20 ₰-Stück eine Fackel, das 10 ₰-Stück eine stilisierte Doppelgarbe. Auch eine Münze für Meißen ist schon fertig. Auf der Vorderseite der ovalen Stücke ist der Name der Stadt, das Stadtwappen, die Wertziffer und die Jahreszahl geprägt. Die Rückseite der Mark enthält, eingerahmt von zwei Getreideähren, eine Mutter, die ihr Kind an den Busen drückt, die Rückseite des 50 ₰-Stückes eine mit den Kurschwertern gezierte Vase, aus der eine Aehre und eine Traube herausragen. Sammler sind überzeugt, daß die Stadt mit diesen Münzen ein Riesengeschäft machen würde. Fest bestellt hat Porzellangeld die Hochbahn Hamburg, und zwar 300 000 Stück 20 ₰-Stücke, die auf der Rückseite mit einem nackten Bübchen geschmückt sind, das auf dem stilisierten Flügelrade reitet.

Strafkammer.

cr. **Bielefeld,** 14. Juni. (Strafkammer). Der Schlosserlehrling Ludwig Busse von Holzhausen I ist geständig, in der Nacht zum 29. Oktober v. J. mit einem anderen jungen Burschen seinem Nachbarn, dem Landwirt Meier aus der Kornkammer nicht weniger als 12 Zentner Roggen und 1 Zentner Hafer gestohlen und fortgeschleppt zu haben. Mit Rücksicht darauf, daß der Bestohlene alles zurückerhalten hat, anderseits aber, daß es sich um ein hohes Objekt handelt, erhielt der Bursche 6 Monate Gefängnis. — Der Landwirt Friedrich Reckefuß und der Landwirtssohn Gustav Reckefuß von Exter, welche sich wegen Beamtennötigung bezw. Beleidigung des Milchkontrolleurs zu verantworten hatten, waren vom Schöffengericht zu Blotho freigesprochen. Gegen dieses Urteil war von seiten der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden und zwar mit dem Erfolge, daß der Vater wegen Beleidigung des Milchkontrolleurs zu einer Geldstrafe von 200 *M* und der Sohn wegen Beamtennötigung zu einer solchen von 300 *M* verurteilt wurden. Ihrem Einwand, daß sie den Kontrolleur nicht gekannt und in dem Glauben gestanden hätten, einen Spartakisten vor sich zu haben, wurde kein Glauben beigemessen. — Der Schlepper Albert Brinker aus Rödinghausen, zur Zeit hier in Untersuchungshaft, räumte ein, dem Zigarrenarbeiter Mönig zu Hiddenhausen eine Seite Speck, einen Schinken und mehrere Würste und dem Wirt Bleimann in Hiddenhausen einen Treibriemen gestohlen zu haben. Er erhielt für diese beiden Diebstähle 2 Monate Gefängnis. — Wegen unerlaubten Handels mit Vieh stand der Händler Karl Westermann aus Blotho unter Anklage. Obschon mehrere Fälle vorlagen, die aber vor der Zeit des Amnestieerlasses lagen, so wurde auf Grund dieses Erlasses das Verfahren gegen ihn eingestellt.

Sport.

Fußball.

Freitagabend 6½ Uhr stand Spielvereinigung I der Stabsmannschaft der Schiffsstammdivision der Ostsee gegenüber. Beide Mannschaften zogen unter klingendem Spiel des Marinemusikkorps zum Waldfriedenplatze hinaus, ein unzählbares Publikum mit sich nehmend. Sp.-Vgg. hat gegen die körperlich überlegene Mannschaft des Gegners einen schweren Stand und schon in der 8. Minute kann derselbe einsenden, was jedoch zwei Minuten später durch einen schönen Durchbruch des Innensturms der Blauen aufgeholt wird. Bis Halbzeit kann der Gegner aber noch 4 mal erfolgreich sein. Dieses war letzten Endes nur möglich, als Sp.-Vgg. Ersatztorwart sich anfangs nicht mit der Verteidigung verstand, was nach Halbzeit besser wurde. Nach Seitenwechsel waren die Blauen leicht überlegen, doch „vorm Tor" kam „keine Fliege durch". Alles scheiterte an der riesenstarken Verteidigung und letzten Endes beim guten Torwart. Aber auch die plötzlichen Entlastungsdurchbrüche der gegnerischen Partei fanden beim Torwart der Spielvereinler keine Gelegenheit mehr, sodaß nach Halbzeit 0:0 gespielt wurde. Der Schlußpfiff des Schiedsrichters Herrn Lehmacher, welcher seiner Aufgabe vollständig gewachsen war, trennte beide Parteien mit 5:1 zugunsten der Gäste. — Das anschließende Konzert der Marinekapelle im Vereinsheim der Spielvereinigung war ein voller Erfolg. Die Darbietungen der Kapelle waren gut und fanden lebhaften Beifall.

Am Sonntag machte Sp.-Vgg. ein „Internationales gegen die Repräsentation Lippische Landesauswahlmannschaften in Detmold. Dortselbst war der sogenannte Sternlauf. Aus allen Orten Lippes, wo Sportvereine bestehen, eilten Staffelmannschaften nach Detmold, um dort auf dem Marktplatze den Vertretern des Landespräsidiums und der Stadtverwaltung ihre Wünsche in bezug auf Gestellung von Spielplätzen und Unterstützung jeglicher Art geschlossen vorzubringen. Und das muß man den lippischen Behörden lassen, sie haben Verständnis für die Sportbewegung, denn in einer längeren Rede sagte der Vertreter der Landesregierung schnellste Unterstützung zu. Läge Herford doch jetzt in Lippe! — Im Anschluß an diese Veranstaltung spielten dann die beiden Mannschaften ein Propagandaspiel. Sp.-Vgg. konnte nach hartnäckigem Kampfe den Sieg von 4:3 mit nach Hause nehmen. Hiermit ist die Scharte von Freitag wieder ausgewetzt.

Heute abend 6 Uhr spielt Sp.-Vgg. 2. Mannschaft auf dem Waldfriedenplatze gegen 1. Batl. Schützen-Regiment 62 Bielefeld.

sp.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	15. Juni Geld	15. Juni Brief	14 Juni Geld	14 Juni Brief
Amsterdam-Rotterdam	1463,50	1471,50	1438,60	1441,40
Brüssel-Antwerpen	324,65	325,35	317,15	317,35
Christiania	714,30	715,70	699,30	700,70
Kopenhagen	683,80	684,30	699,30	670,70
Stockholm	839,10	890,90	869,10	870,90
Helsingfors	184,90	185,20	189,80	190,20
Italien	219 25	220,75	223,25	223 75
London	160 30	160,70	157,80	158,20
Newyork	40,32	40,32	40,20	40,30
Paris	309,70	310,30	303,20	303,80
Schweiz	739,25	740,75	729,25	730.75
Spanien	669,30	670.70	666.80	668,20
Wien (altes)	—	—	—	—
do. (Deutsch-Oest. abgestemp.)	27,09½	27,15½	27,09	27,15½
Prag	83,15	83,35	87,90	88,10
Budapest	22,22	22,28	21,97	22,03

Erfolglose Tabakversteigerung in Hamburg.

Im Hamburger Freihafen sollten am Dienstag 58 Ballen beschädigten Zigarettentabaks versteigert werden. Es hatte sich auch eine Anzahl Käufer eingefunden. Da jedoch beim Aufruf des ersten Postens das Höchstgebot nur 4 *M* per Kilo unverzollt betrug, erfolgte kein Zuschlag, und die Auktion wurde als zwecklos abgebrochen. Der Auktionator erklärte noch, daß ein Angebot von 10 *M* bis 15 *M* per Kilo nach Ansicht des Auftraggebers als Mindestangebot zu betrachten sei.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford

Geschlechtskranke!
Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, frischer auch veralteter Ausfluß, Heilung in kurzer Frist ohne Höllenstein und scharfe Einspritzungen. **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Quecksilber und schmerzhafte Einspritzungen. **Mannesschwäche,** schnelle wirksame Kur ohne Berufsstörung. Aber jed. d. drei Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlr. ärztl. Gutachten u. hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin C. 77
Potsdamer Strasse 123b. Sprechzeit: 8—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.
Genaue Angabe d. Leidens erforderl., damit richtige Broschüre gesandt werden kann.

Ein prächtiges

Mädel

angekommen.

Herford, den 15. Juni 1920.

Fritz Horstbrink und Frau,
geb. Gräfe.

Männer-Chor „Sängerwarte".

Chorleiter: Herr Paul Gröppler, Gesanglehrer am Städt. Lyzeum.

Einladung zum Beitritt.

In der Zeit **bis zum 1. Juli d. J.** nehmen wir wieder eine Anzahl sangesfreudiger, stimmbegabter Herren in unseren über 20 Jahre bestehenden, als hervorragende Pflegestätte guten Männerchorgesanges bekannten Chor auf.

Unser Chorleiter, Herr Lyzeal-Gesanglehrer Gröppler, hat sich bereit erklärt, mit den in dieser Zeit zum Beitritt sich meldenden Herren einen **Vorbereitungskursus**, der sich auf die Förderung musikalischer und gesanglicher Fähigkeiten sowie Erlernung einfacher Notenkenntnis erstreckt, abzuhalten. Die Teilnahme hieran ist gänzlich kostenlos. Nach Beendigung und dem Ergebnis desselben werden die Teilnehmer in den Chor aufgenommen.

Um die Chorarbeiten nicht zu überlasten, können Neuanmeldungen nach dem 1. Juli nur in Ausnahmefällen berücksichtigt werden. Zum Beitritt gewillte Herren können **zwanglos und ohne besondere Einführung** unsere **jeden Mittwoch** abend 8 Uhr in den beiden kleinen Sälen des Restaurant Brinkmann, Renntor, stattfindenden Gesangsabende besuchen.

Wir geben deshalb dem Wunsche Ausdruck, dass diese Gelegenheit zum Eintritt in einen finanziell und materiell gut und fest fundierten Chor, der in den langen Jahren seines Bestehens anerkanntermassen immer das Beste zu erreichen ernsthaft gestrebt hat und weiter erstreben wird, recht zahlreich benutzt werden möge.

Der Vorstand der Sängerwarte.

Alle **Haus- und Grundbesitzer der Stadt Herford** werden zu einer

außerordentlichen Versammlung

auf **Donnerstag, den 17. ds. Mts.**, abends 8 Uhr, zum **Bürgerverein** eingeladen.

Tagesordnung:

800% Grund- und Gebäude-Steuer, 20% Mietsaufschlag.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Haus- und Grundbesitzer-Verein.

Preisherabsetzung für Schuhwaren.

Die Mitglieder des unterzeichneten Vereins haben sämtliche Lederschuhwaren, der Marktlage entsprechend, im Preise

bedeutend ermässigt.

Ortsgruppe der Schuhwarenhändler Herford:

Josef Ahrweiler	Frau Landré
Heinr. Behrens	Frau Franz Müller
Gust. Bartlingk	Fritz Neumüller
Heinr. Ebmeyer	Julius Pörtner
C. Galling Nachfolger	Ign. Reinecke
Heinr. Höcker	Julius Tscheche,
Wilh. Keil	Aug. Wessel.

Geschäftsverlegung.

Mit dem heutigen Tage befindet sich mein Uhren- und Goldwaren-Geschäft mit Reparaturwerkstatt

Hämelingerstrasse 17.

Korrekte Arbeit und reelle Ware zu liefern, wird weiter mein Bestreben sein.

Richard Wittig, Uhrmacher.

Bruchleidende!

Aeußerst bequemes Gürtelbruchband!

Tag und Nacht tragbares Spezialbruchband ohne Feder mit hebender Pelotte. Durch zahlreiche Dankschreiben als hervorragend bequem und sicher wirkend anerkannt. Weitestgehenden Ansprüchen genügend. In eigener Werkstätte hergestellt.

Friedrich Rasche, Ballenstedt im Harz.
Langjährige Vertretung für Mitteldeutschland.

Zur Annahme von Bestellungen ist mein Vertreter mit Mustern anwesend in **Herford, „Hotel Kronprinz", am Sonntag, den 20. Juni, 11—2 Uhr.**

Ermässigte Preise für Schuhwaren!

Die Preise

für alle Lederschuhwaren sind der heutigen Marktlage entsprechend zum Teil

bedeutend herabgesetzt!

Auf Schuhwaren „Marke Salamander" in der Preislage über 300 Mark bis

20 Prozent Rabatt!

Beachten Sie die Schaufenster-Auslagen!

Schuhhaus
Fritz Neumüller
HERFORD

Gehrenberg 10. Telefon 508.

Torf

schwarze, feste, schwere Ware, liefert Waggonladung frei Station Herford zu

14.70 Mk.

Wilh. Stranghöner Nachf.

Kohlenhandlung. Telefon 647.

Dekorateure und Aussteller!

Für die

Gewerbe- u. Lebensmittelausstellung

liefert la preiswürdigen 140 cm breiten

Dekorationsstoff

Herforder Spezial-Bettenhaus

Mindenerstr. 1. E. & F. Maack. Lübbertor.

Brinkmanns Saal.

Freitag, den 18. Juni, am Visionsmarkttage

Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr nachmittags.

Kirschaes Stempel Stempelwaren
Rennstr. 27
M. Küssner, Herford

Drucksachen

aller Art liefert prompt

Fr. Kuhle

Herford /// Rennstraße.

Zeitgemässe Preise für gute Möbel und Teppiche!

Speisezimmer	. . von Mk.	5000.—	bis Mk.	15000.—
Herrenzimmer	. . „	4500.—	„ „	13000.—
Schlafzimmer	. . „	3000.—	„ „	12000.—
Küchen	. . . . . „	1500.—	„ „	4000.—

Teppiche! Dekorationen! Gardinen!

Um zwanglose Besichtigung meiner Ausstellungsräume mit Einrichtungen auch in höheren Preislagen wird gebeten.

Gehrenberg 26. **Aug. Stüssel.** Gehrenberg 26.

Kaufm.-Verein v. 1858
Bez. Herford.

Morgen Donnerstag, 8 Uhr Abmarsch von Gellker nach dem Sundern u. **gemütl. Beisammensein** bei Mester.

Der Vorstand.

Im **Konkurse Gravenhorst** ist eine eichene, schwarz gebeizte

Zimmer-Einrichtung

bestehend aus Sopha mit Umbau, Tisch, 6 Stühlen, 1 Standuhr und 2 Fach Gardinen zu verkaufen. Auskunft erteilt

Der Konkursverwalter:
Otto Cramer.

Altes Gold und Silber

kauft stets zu höchsten Preisen

H. Schlüter, Juwelier.
(Fernruf 325).

Wer übersetzt

hiesigem Fabrikgeschäft laufend **italienische und spanische Briefe?**

Gefäll. Angeb. an d. Geschäftsst. d. Zeitung unter Nr. 8579.

Lehrmädchen

mit guter Schulbildung gesucht.

Albert Rosenbaum,
Alter Markt

Zum 1. Okt. sucht ein zuverl.

Mädchen

Frau Dr. Wille,
Bielefelderstr. 16, I.

Bess. Mädchen

od. Fräulein für kl. 5 Z. Haushalt f. ganz od. einige Monate gesucht. Gute Bez. und Beh. Angeb. an d. **Lippische Rundschau Bad Salzuflen.**

Braves, fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt, bei hohem Lohn und guter Verpflegung, für sofort oder später gesucht.

Frau Dehne,
Rheda, Bez. Minden.

Nähterin od. Ausbesserin

für 2 Tage in d. Woche gesucht. Angeb. **Hotel Klopsch, Salzuflen.**

Frl., 21 Jahre alt, wünscht, da hier unbekannt, die

Bekanntschaft

eines gebildeten Herrn, nicht unter 25 Jahren. An eb. unt. Nr. 8599 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Hypothekengelder Finanzierungen

Angeb. B. 513 „Stella" Annoncen Expedit. **Hannover,** Eckerstr. 15.

---

1 Panama und 2 schwarze Filzhüte, Gr. 57, **1 Fensterscheibe,** 58×91 cm, und **1 Gluck mit Küken** zu verkaufen.

Engerstraße 26

Schuhputz Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun

Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Besserer Herr sucht für sofort oder 1. Juli

einger. Wohnung

möbl. Wohn- u. Schlafzimmer, Schreibtisch, Klavier und volle Pension erwünscht, jed. n. Beding. Angeb. unter 8610 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir suchen überall verkäufliche

Häuser

mit und ohne Geschäft **Fabriken, Villen, Höfe u. Landstellen** zwecks Unterbreitung an vorgemerkte Käufer. Besichtigung **kostenlos.**

C. H. Hülße & Co.,
Hannover 513.

Ein kleiner Gasthof oder Tageswirtschaft,

wenn möglich mit etwas Land bei guter Anzahlung sofort zu **kaufen gesucht.**

Angebote erbeten unter M. H 8597 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Rehpinscherhündin

Sonntag abhanden gekommen. Ablieferung erbeten.

Gehrenberg 22.

Vor Ankauf wird gewarnt.

Riegenzentrifugen . Mk 525
Nähmaschinen M. 900—1500
Schneidernähmaschinen M 1550
Schuhmachermaschinen M. 1650
Fahrrad-Mäntel . . M. 135
Fahrrad-Schläuche . M. 37
sofort lieferbar!
Wiederverkäufer gesucht.
Aug. Jesper, R.-Marsberg.

Fast neuer

Kinderstuhl

(Sitz gepolstert) zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsst. d. Zeitung unter Nr. 8601.

Elegante Schuhe

Größe 36, zu verkaufen.

Kronenberg,
Gehrenberg 11.

Unter Garantie

werden Obstbäume u. Beerensträucher **von Blutlaus befreit!** Es brauchen daher keine Obstbäume ausgerodet werden, wie in Bonneberg bei Biotho.

Jul. Emme, Kreishausstr. 5.

Freibank (Schlachthof).

Morgen früh 8 Uhr.

Neuheiten und grosse Auswahl in

Pfeifen aller Art, Spazierstöcken, Lederwaren,

:-: Pastor Jahnschen Gesellschaftsspielen :-:

empfiehlt

Wilh. Adams Inh.: **Emil Wagner**

Gehrenberg 2 Bielefeld Gehrenberg 2.

Aeltestes Spezialgeschäft am Platze.
Reparaturen schnellstens.
Auswahlsendungen werden gern gemacht.

Feldbahngleis und Loren

in größeren und kleineren Posten für meinen Feldbahnbetrieb zu kaufen gesucht. Angebote nur mit genauer Angabe der Spurweite, Schienenhöhe und des äußersten Preises erbeten.

H. Dehne, Bauunternehmung,
Rheda, Bez. Minden Fernruf 73.

Bauholz (sog. Weserholz)

in größeren und kleineren Posten in verschiedenen Dimensionen von meinem Ziegeleiabbruch in Bünde, Westf., preiswert abzugeben.

H. Dehne, Bauunternehmung,
Rheda, Bez. Minden. Fernruf 73.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Lebensmittel.

Ende dieser Woche wird auf den Kopf **250 Gramm sehr schönes Rindergefrierfleisch** verteilt. Das Pfund kostet 10 *M*.

Herford, den 15. Juni 1920.

Lebensmittelamt.

In der Markthalle können auf Warenmarke Nr. 6 **fünf Pfund Kartoffeln zum Preise von 30 ₰ das Pfund** gekauft werden. Der Verkauf findet bis Sonnabend, den 19. d. M. statt.

Herford, den 16. Juni 1920. **Lebensmittelamt.**

Der nächste Eichtag für Stadt- und Landkreis Herford und Salzuflen wird am **Donnerstag, den 17. Juni 1920** im Hause Komturstraße 35 abgehalten.

Die Gebühren sind nach erfolgter Eichung sofort zu entrichten und die geeichten Gegenstände innerhalb 8 Tagen abzuholen, widrigenfalls Lagergeld erhoben werden muß.

Sämtliche Maße, Wagen und Gewichte müssen außer dem Stempel die Jahreszahl tragen. Derartige Geräte, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden bei der Revision eingezogen und erfolgt Bestrafung.

Der Magistrat.

Brennstoffversorgung.

Die gelbe Brennstoffmarke 13 kann von heute ab mit einem Zentner Kohlen oder Koks beliefert werden. Es bleiben in Kraft: Die gelben Marken 6—12, die vorzugsweise zu beliefern sind.

Herford, den 14. Juni 1920. **Der Kreisausschuß.**

Seid gastfrei ohne Murmeln.

Die Kohlenstadt Bochum bittet durch den Unterzeichneten herzlich, daß sich ihren erholungsbedürftigen höheren Schülern, besonders den Kindern kleinerer Beamter und Witwen, im August einige Landhäuser und wohlhabende Familien in gesunden Stadtgegenden auftun möchten. Mäßige Bezahlung kann geleistet werden; Freistellen besonders willkommen. Wir kennen die Schwierigkeiten und berechtigten Einwendungen, die gegen unseren Hilferuf geltend zu machen sind. Doch bitten wir um Gotteswillen: Alle, die ihr noch betet „Komm Herr Jesu, sei unser Gast" — nehmt unsere Frage ernst und entscheidet euch fröhlich und bald! Alter, Geschlecht und Bedingung mit erbeten. Vergelt's Gott vielemal!

Bochum, Tankgasse 6. Zauleck, Jugendpfarrer.